



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/87 - 17. April 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 81881 - 33  
Fernschreiber 0866890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Die Überraschung aus Washington US-Vizepräsident Nixon nach Moskau	44
2	Zu fein für Genf? Um die Bonner Beteiligung an der Genfer Außenminister-Konferenz	33
3	<u>Das Minuten-Interview</u>  MdB Dr. Elinor Kubert zu der Forderung des Verteidigungsministeriums nach Einstellung von 189 Medizinalräten und 1.000 Beamten des Wehersatzwesens	32
4 - 5	Das Doppelgesicht der Lübecker Bucht  Nur die westlichen Ufer werden jetzt wieder lebendig Blick auf "ein Stück geteiltes Deutschland"	85
6 - 7	Die Presse im autoritären Staat  Eine Untersuchung des Internationalen Presse-Instituts in Zürich	110

\* \* \*  
\* \* \*

17. April 1959

### Die Überraschung aus Washington

sp - US-Vizepräsident Richard Nixon wird also im Juli dieses Jahres nach Moskau reisen und dort eine amerikanische Ausstellung eröffnen. Daß er bei dieser Gelegenheit auch politische Gespräche führen wird, gilt in Washington und Moskau als Selbstverständlichkeit.

Diese Nachricht hat im ganzen Westen große Überraschung ausgelöst. Einmal, weil gleichzeitig bekannt wurde, daß der sowjetische stellvertretende Ministerpräsident Kikojan bei seinem Besuch in den USA bereits die Nixon-Reise nach Moskau eingefädelt hatte, zum anderen weil das Programm der Nixon-Reise genau 24 Stunden nach dem Rücktritt von John Foster Dulles bekannt gegeben wurde.

Selbstverständlich werden an diese Vorgänge allerlei Kombinationen geknüpft. Es heißt u.a. sogar, der Nixon-Besuch, der Zeitpunkt und die Art seiner Ankündigung seien ein Hinweis darauf, wie ernst man in den Vereinigten Staaten die Bemühungen um die Schaffung einer guten Atmosphäre vor der in Aussicht genommenen Konferenz der Regierungschefs nimmt.

Damit dürften die seit der letzten Außenminister-Konferenz der Westmächte in Washington immer präziser werdender Informationen bestätigt sein, wonach die offizielle Außenpolitik der USA Ansatzpunkte für eine Entspannung des Ost-West-Verhältnisses sucht. Dem gleichzeitig wird aus London bekannt, daß die amerikanischen und englischen Vertreter in der Viermächte-Arbeitsgruppe, die für die Genfer Außenminister-Konferenz westliche Vorschläge ausarbeiten soll, sehr intensiv auf die Überprüfung aller Fragen drängen, die im Zusammenhang mit den Plänen zu einer militärischen Entspannung in Mitteleuropa stehen.

Man wäre unter diesen Umständen versucht, die überraschende Entscheidung Adenauers, sich zur Präsidentschaftswahl zu stellen und das Bundeskanzleramt abzugeben, noch mehr als bisher mit den großen Veränderungen in Zusammenhang zu bringen, die sich in diesem Sommer vorzubereiten und die ohne Zweifel im Zeichen vermehrter Anstrengungen der Vereinigten Staaten stehen, mit Moskau zu einer Generalvereinbarung der europäischen Probleme zu gelangen.

Wie es heißt, hat Bundesaußenminister von Brentano nach seiner Rückkehr aus Washington den Bundeskanzler über diese mögliche Entwicklung genauestens unterrichtet und vielleicht auch dadurch dazu beigetragen, Dr. Adenauer von der Aussichtslosigkeit der Fortsetzung einer Politik des Kalten Krieges zu überzeugen.

Es ist zu hoffen, daß sich die offizielle Bonner Politik jetzt endlich auf die neuen Gegebenheiten einstellt und deutsche Entspannungsvorschläge entwickelt. Sonst ist zu befürchten, daß auf der kommenden Außenminister- und Gipfelkonferenz die Deutschland-Frage im Sinne einer Status-quo-Regelung und das Berlin-Problem isoliert behandelt werden.

Zu fein für Genf ?

sp. - Die DDR wird bei der kommenden Genfer Außenministerkonferenz mit einer ungewöhnlich starken Delegation vertreten sein, geführt von ihrem Außenminister Lothar Z o l t z. Dies gehört zu ihren Taktiken. Sie scheut in ihrem Streben, auf internationalem Feld sich zur Geltung zu bringen, keine Mühen und Kosten. Auch bei den Genfer Konferenzen im Sommer und Herbst des Jahres 1955 fiel die starke Besetzung aus Pankow auf. Pankow benutzte diese Gelegenheit, um mit den vielen Hundert Journalisten ins Gespräch zu kommen und sie in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Das wird auch diesmal der Fall sein. In Genf fallen wichtige Vorentscheidungen um die Zukunft Berlins und die Zukunft Deutschlands. Man sollte nun meinen, auch die Bundesregierung werde angesichts der Bedeutung dieser Tagung den Mann nach Genf entsenden, der formal für die Führung der Bonner Außenpolitik verantwortlich ist, Heinrich von Brentano. In der CDU entbrannte nun ein Streit darüber, ob es "schicklich" wäre, dem Außenminister von Brentano "der Gefahr" einer Begegnung mit Herrn Boltz in der Haupt- oder Vorsitzern der Genfer Konferenz auszusetzen. Man will sich mit der Entsendung einer Delegation von untergeordneten Beamten begnügen, obwohl man wissen müsste, dass einer von Beamten geleiteten Abordnung nicht jene Bedeutung zukommt, die die Führung durch einen Minister verleihen würde.

Dieser Bonner Streit um eine Verfahrensfrage ist unverständlich; er dürfte auch bei den Westmächten nur mit Kopfschütteln aufgenommen werden. Bisher liegt noch kein Protest gegen die Teilnahme eines DDR-Ministers an der Genfer Tagung vor, und man wird sich auch Mühen, einen solchen zu erheben, sollte nicht, was für die westlichen Tagungsteilnehmer recht ist, für die Bundesregierung auch billig sein? Oder ist die Bundesregierung der Meinung, es lohne sich nicht, in Genf mit einer verantwortlichen und repräsentativen Delegation vertreten zu sein? Hält sie die in Genf anstehenden Vorentscheidungen für so unwichtig, dass sie sich mit der Entsendung von zweitrangigen Beobachtern begnügen will?

Das Minuten-Interview:

MdB Dr. Elinor Hubert

zu der Forderung des Verteidigungsministeriums nach Einstellung  
von 189 Medizinalräten und 1000 Beamten des Wehrrersatzwesens

SPD-Pressedienst: Frau Abgeordnete Hubert, Sie bemühen sich schon seit Jahren um alle Fragen des Gesundheitswesens in der Bundeswehr. Wie beurteilen Sie das Verlangen des Bundesverteidigungsministeriums, 189 beamtete Medizinalräte und weitere 1000 Beamte, die das Wehrrersatzwesen von 1600 auf 2600 Köpfe anwachsen lassen würden, einzusetzen?

Dr. Elinor Hubert: Mir ist seit Beginn des Aufbaues der Bundeswehr die gesundheitliche Versorgung der Soldaten immer besonders wichtig und bedeutungsvoll erschienen. Ich habe mich daher eingehend mit dem Aufbau des Sanitätswesens beschäftigt. Ich habe auf dem Standpunkt gestanden, dass die besten Ärzte für die Bundeswehr gewonnen werden müssen und habe mich daher auch für eine entsprechende Stellung der Ärzte in der Bundeswehr eingesetzt.

Die jetzige Anforderung des Bundesverteidigungsministeriums auf zusätzliche Musterungsärzte kann ich aber nicht gutheissen, Ärzte, die keine andere Aufgabe als Musterungen haben, verlieren den Kontakt mit dem kranken Menschen und werden einseitig. Ich halte die augenblickliche Musterung durch Vertragsärzte nicht nur vollauf genügend, sondern gerade vom ärztlichen Gesichtspunkt aus für die beste Lösung. Die Musterung findet ja ausserdem auch noch einmal bei der Truppe statt, wo eine Einstellungsuntersuchung durch den Truppenarzt selbst vorgenommen wird. Die Anforderung von speziellen Musterungsärzten ist umso unbegreiflicher, als die Bundeswehr heute noch nicht einmal für jedes Bataillon einen hauptangestellten Arzt hat. Hier liegt zur Zeit noch ein wirklicher Mangel vor. Bei der Truppe mustert ein Stabsarzt neben seiner übrigen ärztlichen Tätigkeit. Musterungen sind eine Art "Stosseschäft" und es ist unerfindlich, wie reine Musterungsärzte das ganze Jahr über beschäftigt werden sollen.

Wenn jedoch das Bundesverteidigungsministerium seine Anforderung damit begründet, es wolle die ganze männliche Bevölkerung hinsichtlich ihres Einsatzes zu militärischen Zwecken überprüfen, so klingt mir das beinahe nach einer verschleierten Art Generalmobilisation. Das soll man dann aber offen sagen!

### Das Doppelgesicht der Lübecker Bucht

ra - Nach dem Kriege dauerte es eine geraume Zeit, bis sich auch die deutschen Seebadeorte zu beleben begannen und der Strand an der deutschen Nord- und Ostseeküste wieder erholungsbedürftige Menschen aufnehmen konnte. Seither gibt es auch das Doppelgesicht der Lübecker Bucht, seit mehr als zehn Jahren vermittelt diese Bucht ihren so überaus zahlreichen Besuchern aus dem In- und Ausland einen politischen Anschauungsunterricht von besonderer Eindringlichkeit. Denn: die westlichen Ufer der Bucht gehören zur freien Welt, die östlichen zum "volksdemokratischen" Bereich. Von der Trawemündung (mit dem bekannten Ostseebad Trawemünde) bis zur Insel Fehmarn gilt das Gesetz der Demokratie, - die Mecklenburgische, östliche Küste der Bucht dagegen untersteht dem Regime der sowjetzonalen Volkspolizei. Das westliche Ufer blüht jetzt wieder auf, das östliche bleibt starr und unbelebt.

#### Menschenleere Ostküste

In diesen Wochen beginnt auch an der Lübecker Bucht der Frühling einzuziehen. Die Natur kennt da keine Unterschiede, es grünt und blüht zu gleicher Zeit an den beiden Seeufern. Die Natur hat beide Ufer der Bucht mit einem prächtigen Badestrand, mit Wäldern, mit herrlichen Sonnentagen, einer erfrischenden See und allen Voraussetzungen für ein Erholungsparadies ausgestattet. Die Bewohner und Besucher der Westküste dürfen dieses Paradies auch ohne jede Einschränkung in Anspruch nehmen, - die Ostküste dagegen ist seit Jahren menschenleer, im Winter und im Sommer. Nur hier und da betritt den einsamen, kilometerlangen Strand ein Volkspolizist. Kein Laut tönt von diesem Strand über das Wasser. Im Friwall, einer kleinen östlichen Halbinsel an der Trawemündung, die noch zum Westen gehört und von den Naturfreunden seit Jahrzehnten besucht wird, rostet mehr als zehn Jahre lang ein Stachelrabuszaun. In diesem Frühjahr hat man den ungeackerten Streifen entlang der Zonengrenze wieder erneuert. Bis an diesen Zaun beginnt das Badeleben jetzt wieder heranzubranden. Dahinter ist es still, einsam, menschenleer. Als begäbe dort eine Wildnis, eine Reservation. Mitten in Deutschland.

#### Enttäuschte Hoffnung

Der milde Frühling hat nach der Winterpause die Westküste der Lübecker Bucht wieder bevölkert und mit fröhlichem Leben erfüllt. Auf den Strandpromenaden erholen sich nicht nur zum Wochenende die Gäste und Besucher aus Lübeck und Hamburg, auch der Reiseverkehr hat bereits eingesetzt und am Abend säumen die Lichterketten der Badeorte wie Perlenschmüre den weißen Schaum der Wellen. Drüben, an östlichen Ufer der Bucht, hofften die Menschen auf eine Wendung in diesem Frühjahr. Es käme nicht nur die Überfülle des westlichen Ufers an Mecklenburgischen Strand gut zurecht - wie das ja schon früher der Fall war, als es noch kein Pankower Regime gab - , man glaubte, auch darauf schließen zu können, daß Pankow sich um eine Belebung des östlichen Ufers bemühen werde. Denn Pankow hat nicht nur einen gesteigerten Besuch seiner Küste aus der DDR vereinbart, sondern auch angedeutet, daß die gesamte Küste

Mecklenburgs der "Werkstätigen endlich wieder zur Verfügung stehen" werde. Auch eine Besucherwerbung in den nordischen Staaten sollte anlaufen.

#### Vergleiche unerwünscht

Nun: Pankow ist bisher nicht mit "seiner Küste" zum Wettbewerb "gegen den Westen" angetreten. Der ausländische Badebetrieb, mit dem Ulbricht die Konkurrenz bestreiten will, bedarf nur an der Nordküste Mecklenburgs vor sich gehen und hat die Lübecker Bucht zu meiden. Es könnte ja sonst vielleicht einem Badegast aus der Tschechoslowakei einfallen, mit einem Fernglas die westliche Küste der Bucht zu studieren und sich Gedanken über die Fülle da erüben machen. Auch der Verkehr auf der Straße muß ja direkt zu Vergleichen herausfordern. Mit einem Fernglas kann man vom östlichen Ufer der Bucht noch vieles andere und vor allem mehr sehen, als wenn man vom Westufer hinüberblickt. Dabei bietet sich, wie schon seit mehr als zehn Jahren, die Ostküste in der gleichen, leicht überschaubaren Weise dar: der Strand ist stundenweit und bis in die blauschimmernde Ferne leer, vollständig leer. Auf den Feldern um die Ortschaften inmitten der Wälder arbeiten die Menschen offensichtlich sehr fleißig auch an Sonntagen, denn das "Soll" ist unerbittlich; wird ein Dach oder gar ein Haus repariert, so fällt es einem sofort auf.

Im Übrigen unterliegt wohl jeder, der nicht nur hinüberblickt, sondern auch unwillkürlich hinüberhört, einem eigenartigen Phänomen. Tutet das große, moderne Fährschiff, das den Verkehr zwischen Travemünde und Dänemark besorgt, mitten in der Bucht, so wird der starke Laut vom Strandlärm des Westufers sofort verschluckt; vom Ostufer und seiner Stille dagegen scheint er wie der Nachhall eines Grußes zurückzutönen - eines unterdrückten Grußes an das Leben, das die westliche Hälfte der Bucht erfüllt.

#### Kein Kontakt

Zwischen hier und drüben gibt es keinen Kontakt. Auch nicht entlang der Trave und nicht in Lübeck, wo kein Grenzübergang besteht. Will eine Mutter aus Lauen ihre im Lübecker Vorort Schlutup verheiratete Tochter besuchen, dann braucht sie dazu eine Genehmigung. Sie kann die 500 m zwischen Lauen und Schlutup aber nicht zu Fuß zurücklegen, sondern muss 75 km bis Lauenburg und dann wieder 75 km bis Lübeck fahren, um nach Schlutup zu gelangen.

+ + +

Zur Beachtung: Der ODU-Abgeordnete Müller-Hermann teilt uns unter Bezugnahme auf den am 15. April 1959 in unserem PresseDienst erschienenen Artikel "Stumpfbiliten" mit, dass er keine "merkwürdigen geschäftlicher Manipulationen im Strassenbau" begangen habe. Wir bitten unsere Abonnenten um Berücksichtigung dieser Mitteilung.

D. Red.

## Die Presse im autoritären Staat

Journalisten in autoritär regierten Staaten, einschließlich der Länder hinter dem Eisernen Vorhang, nehmen im Bemühen, offener zu berichten und freimütiger zu kommentieren, immer noch große persönliche Risiken auf sich, ja setzen manchmal sogar ihr Leben aufs Spiel.

Das ist eine der bemerkenswerten Feststellungen, die sich aus der soeben vom Internationalen Presseinstitut in Zürich veröffentlichten Studie über "Die Presse im autoritären Staat" ergibt. Diese Studie erscheint nur in französischer Originalfassung, unter dem Titel "La Presse les Etats autoritaires", und in englischer Übersetzung, unter dem Titel "The Press in Authoritarian Countries". Die Untersuchung beruht auf Berichten von Journalisten, die die betreffenden Länder besucht oder dort gelebt haben. Diese Berichte sind von anderen Fachleuten nachgeprüft und in einigen Fällen durch persönliche Untersuchungen eines Vertreters des Instituts an Ort und Stelle ergänzt worden. Die Studie umfaßt alle Staaten der Welt - und zwar sowohl kommunistische wie nichtkommunistische -, in denen die Presse der Kontrolle durch ein autoritäres Regime unterworfen ist. Es handelt sich um die erste vollständige Untersuchung dieser Art, die bisher unternommen worden ist.

Als einer der Hauptpunkte geht aus dieser Studie die Tatsache hervor, daß unter den Berufsjournalisten aller hier behandelten Länder - von den kommunistischen Staaten bis zu Franco-Spanien - ein

### Geist der Auflehnung

gegen die Bevormundung der Presse durch den Staat" festzustellen ist. Der Bericht führt dazu aus: "In der Berichtsperiode sind in zahlreichen autoritär regierten Ländern Anzeichen für das Verlangen der Journalisten nach vermehrter Freiheit der Meinungsäußerung und wahrheitsgemäßer Berichterstattung sichtbar geworden... Eine große Anzahl dieser Journalisten war bereit, schwerwiegende Risiken in Kauf zu nehmen, um der Regierungsautorität im Geiste dieser Forderungen die Stirne zu bieten."

Typische Beispiele dafür werden aus Ungarn, Polen und Spanien berichtet.

### In Ungarn

setzten nach der Unterdrückung der Revolution der Journalist und Dramatiker Jozsef Gali und sein Kollege Gyula Obersovszky die Herausgabe einer Untergrundzeitung fort, die - wie es in der später erhobenen Anklage heißt - "gegen die Regierung und gegen die UdSSR gerichtete Beiträge enthielt". Gali und Obersovszky wurden verhaftet und zum Tode verurteilt. Später wurde das Urteil auf eine lebenslängliche bzw. 15-jährige Zuchthausstrafe reduziert.

### In Polen

schrrieb der Chefredakteur der Zeitung "Trybuna Ludu", Jerzy Morawski, freimütig, der Aufstand in Posen im Jahre 1956 sei nicht, wie Moskau dies behauptete, auf die Tätigkeit ausländischer Agenten, sondern auf die mißlichen Lebensbedingungen der Arbeiter zurückzuführen. Diese Erklärung kostete Morawski seine Stellung.

### Über die Lage in Spanien

erzählt der Bericht u.a. folgende Feststellungen: "Die Versuche, sich der Zensur zu widersetzen, sind immer häufiger und kühner geworden... Die eindrücklichsten Beispiele dafür finden sich vor allem in den satirischen Publikationen, namentlich in der führenden Zeitschrift dieser Gattung, "La Codorniz", Madrid. Zu Beginn des Jahres 1958

wurde ein Karikaturist dieser Zeitschrift von einem Assisenengericht wegen schwerer Beleidigung des Staates zu zwei Monaten Gefängnis und einer Buße von 1000 Peseten verurteilt. Er hatte in einer Karikatur Justizia mit der Waage dargestellt, wobei die eine Wagschale durch eine Fünf-Peseten-Note heruntergedrückt wurde."

Polen gibt das Bestehen der Zensur offen zu. In den meisten Ländern, deren Regierung auf der Ideologie des Marxismus-Leninismus beruht, wird dagegen in der Verfassung oder in Gesetzen das Vorhandensein einer Zensur bestritten. In den Auffassungen über die Rolle der Presse und in den Methoden der Pressekontrolle stimmen aber diese Länder weitgehend miteinander überein. Auf diesen beiden Gebieten ist natürlich die Sowjetunion das Vorbild.

#### Die kommunistische Konzeption

Der Aufgabe der Presse wird durch eine in der Studie enthaltene Erklärung des Direktors der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass, N.G. Palgunow, anschaulich wiedergegeben. Palgunow führte im Jahre 1956 vor Studenten des Instituts für Journalistik an der Universität Koskau aus: "Die Nachrichten sollen nicht nur einfach über diese oder jene Tatsache, über dieses oder jenes Ereignis berichten. Sie müssen einen bestimmten Zweck verfolgen. Nachrichten bedeuten Agitation vermittelt Tatsachen... Nachrichten müssen didaktisch und instruktiv sein." Die Studie erwähnt auch Einzelheiten über

#### die Zensurmethoden

in zahlreichen Ländern, und einige der geschilderten Vorfälle haben beinahe den Charakter von Paroen. Da ist zum Beispiel die Geschichte vom jungen, eifrigen ägyptischen Offizier, der von General Naguib eben als Pressezensor eingesetzt worden war. "Veröffentlichen Sie nichts über Baumwolle", befahl er dem Chefredakteur, dem er zugewandt worden war, "ich verstehe gar nichts davon, und ich will Irrtümer vermeiden."

Und zu einer Zeit, als die polnischen Zeitungen nicht einmal die allergewöhnlichsten Lokalnachrichten ohne vorherige Bewilligung veröffentlichen durften, erschien in einer Zeitung des Küstengebietes folgende trockene Bekanntmachung an die Leser: "Wie uns die Polnische Presseagentur aus Warschau mitteilt, wütete vorgestern an unserer Küste ein heftiger Sturm."

Die Studie vermittelt auch viele Einzelheiten über die gewisse Liberalisierung der Pressepolitik, die in den einzelnen kommunistischen Ländern - in unterschiedlichem Ausmaß - auf den Tod Stalins folgte.

In der Studie des IOI wird abschließend festgestellt: "Die letzte wichtige Tatsache, die sich aus dieser Untersuchung ergibt, ist

#### der Wunsch der Öffentlichkeit

nach einer Presse, die zutreffende Informationen vermittelt und frei ihre Meinung äußert. Diesem Bedürfnis hat die Öffentlichkeit in Diktaturstaaten Ausdruck verliehen, wenn immer ihr die Gelegenheit dazu geboten wurde. Es zeigte sich in Warschau, sobald das "Tauwetter" begann, und später wieder, als das Verbot von "Po Prostu" zu Jerusalems Anlaß gab. Es zeigte sich auch in Budapest vor und noch deutlicher während der Revolution von Herbst 1956, als der Verkauf der neuen freien Zeitungen dieselbe Bedeutung erlangte wie der Verkauf von Brot inmitten der Straßenkämpfe. Dieselbe Erscheinung konnte auch in Caracas in den Tagen vor dem Sturz des Diktators und in Lissabon anlässlich der Lockerung der Zensur während der Wahlkampagnen beobachtet werden.

In den Ländern, wo die Nachrichten einer Kontrolle unterworfen sind und wo die Presse in Fesseln liegt, zeigt die Pressefreiheit - gerade im Kontrast zum bestehenden Zwang - ihren wahren Wert. Erst hier läßt sich wirklich erkennen, wie lebenswichtig diese Freiheit für den Menschen ist."

+ + +

Verantwortlich: Günter Harbeckhoff